

Unternehmer setzen ein Zeichen

Arbeitgeberverband plädiert für eine offene Gesellschaft.

Minden (mt/hwa). Mit großer Besorgnis blicken die Unternehmer aus dem Kreis Minden-Lübbecke auf die derzeitigen gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen in Deutschland. Trotz voller Auftragsbücher und einem historischen Tiefstand bei der Arbeitslosigkeit schienen mehr und mehr Menschen Ängste und Unzufriedenheit zu spüren, heißt es in einer Erklärung des Arbeitgeberverbandes Minden-Lübbecke (AGV). Das zeige sich inzwischen in offener Ausländerfeindlichkeit und einer Radikalisierung bei politischen Äußerungen, die von dem unverzichtbaren Grundrecht der freien Meinungsäußerung ganz offensichtlich nicht gedeckt seien.

Für den AGV sprechen die Vorstandsmitglieder Sven Horst (Vorsitzender, Wago), Robert Falch (Minda), Dr. Henrik Follmann, Patrick Jacob, Dr. Michael Pütz (Harting), Anja Ruschmeier (BeCo Matratzen) und Alfred Dalpke. Sie greifen zu deutlichen Worten: „Wollen wir tatsächlich als ein Land wahrgenommen werden, in dem Nichtdeutsche unter Beifallsbekundungen und offenen nationalsozialistischen Parolen von Gruppen mit eindeutig rechtsradikalem Gedankengut gejagt werden?“, heißt es mit Blick auf die „erschreckenden Bilder“, die in den letzten Wochen in die Welt getragen wurden: „Wir sollten uns bewusst machen, welchen Ein-

„Aufgewachsen in einem friedlichen, weltoffenen und toleranten Nachkriegsdeutschland hätte ich mir nicht vorstellen können, dass rechts-extremes Gedankengut und Ausländerfeindlichkeit in unserem Land die Wahrnehmungsschwellen wieder deutlich übersteigen könnten.“

Dr. Michael Pütz, Mitglied im AGV-Vorstand

druck wir im Ausland dadurch hinterlassen.“

Die gesamte Wirtschaft und auch die Unternehmen in Minden-Lübbecke seien auf Zuwanderung angewiesen – nur durch Mitarbeiter, die aus dem Ausland kämen, könne dem demografischen Wandel entgegengewirkt und der Wohlstand gesichert werden. Durch internationale und multikulturelle Belegschaften könne auch in Zukunft die Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit in einer immer globaler werdenden Welt erhalten werden. Darüber hinaus sei eine Si-

cherung der Sozialsysteme – insbesondere der Renten- und Krankenversicherung –, die von der Politik als sicher bezeichnet werden, ohne Zuwanderung nicht möglich.

Voraussetzung dafür ist nach Überzeugung der Unternehmer, dass sich Menschen aus dem Ausland in Deutschland willkommen fühlen und sich frei und ohne Angst vor Anfeindungen bewegen und aufhalten können. „Die gesamte Gesellschaft ist aufgerufen, dafür Sorge zu tragen“, heißt es in der Erklärung. Gleichzeitig bleibe die Politik gefordert, im Hinblick auf die eingeschlagene Flüchtlings- und Asylpolitik passende und klare Einwanderungsgesetze zu erlassen, um den Zuwanderern schnellstmöglich eine klare Perspektive zu bieten und eine Integration in die Gesellschaft und in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen.

Abschließend heißt es: „Wir distanzieren uns eindeutig und unmissverständlich von jeglicher Form von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit und rufen nicht nur unsere Belegschaften, sondern alle Menschen der Region Minden-Lübbecke auf, sich jeglichen diesbezüglichen Tendenzen friedlich und dennoch klar und deutlich entgegenzustellen.“

Der AGV vertritt 168 Mitgliedsunternehmen mit insgesamt fast 30.000 Arbeitsplätzen und etwa 1.700 Ausbildungsplätzen.